

Windkraft punktet bei EEG-Gipfel

Fragen und Antworten: Einigung zu erneuerbaren Energien - Reform soll Umlage unter 7 Cent/kWh halten

VON WOLFGANG RIEK

BERLIN. Nach vier Stunden war sich der Energiegipfel von Bund und Ländern am Dienstagabend im Kanzleramt einig. Man einigte sich zur EEG-Reform mit Geben und Nehmen. Klar ist: Billiger wird Strom damit nicht - damit hatte aber auch niemand gerechnet. Ergebnisse des Gipfels:

? Windkraft im Binnenland - da war der Streit am lautesten. Wer hat gesiegt?

! Der Windkraftausbau an Land soll auf 2500 Megawatt jährlich begrenzt bleiben - wie von Energieminister Sigmar Gabriel vorgeschlagen. Nicht einberechnet werden soll dabei aber das so genannte Repowering. Sprich: Überall wo neue, größere Windräder alte ersetzen, käme dieser Zubau auf die 2500 MW drauf. Da haben unter anderen Hessen und Niedersachsen gepunktet. Wenn der Deckel nicht eingehalten wird, wird die Förderung automatisch gekürzt - wie schon beim Solarstrom.

? Bremst der Zubau-Deckel nicht die Energiewende?

! Diesen Vorwurf nennt Minister Gabriel hanebüchen. Nur 2002 und 2013 sei der 2500-Megawatt-Wert bei Windkraft an Land bisher tatsächlich übertroffen worden. Die Reform, so Gabriel, soll die Energiewende besser steuerbar machen und auf kostengünstige Technologien konzentrieren. Windstrom an Land liegt da vorn. Bei Offshore-Parks soll bis 2020 der Zubau 6500 MW ausmachen. Weil die Milliardenprojekte auf See aber oft nur Pläne bleiben, dürfen bis zu 1200 MW zusätzlich beantragt werden.

? Wo ging der Bund noch auf die Binnenländer zu?

! Windschwächere Standorte sollen gegenüber Gabriels Plänen etwas besser gefördert werden, damit etwa Baden-Württemberg seine Ausbauziele schafft. Auch Windmüllern in Hessen dürften diese Änderung helfen.

? Und wo mussten die Länderchefs nachgeben?

! Keine Einigung gab es im Streit um den Stichtag, ab

dem neue Windkraftanlagen nur noch die gekürzte Förderung bekommen. Da scheint es beim 23. Januar 2014 zu bleiben - was danach genehmigt ist, erhält die alten höheren Sätze nicht mehr. In Hessen wären allein zwischen Stichtag und Mitte März aufgelaufene Anträge für 35 Windräder betroffen. Investoren müssen knapper kalkulieren. Wiesbaden und Hannover, die längere Übergangsfristen wollten, setzten sich hier nicht durch.

? Was ist mit Strom aus Biogasanlagen, einem Thema, das in Bayern und Thüringen ziemlich hoch gespielt wurde?

! Da gibt's einen Kompromiss ähnlich dem beim Wind: Die Zubau-Deckelung auf 100 Megawatt pro Jahr soll nur für neue Anlagen gelten - Erweiterung bestehender Anlagen wird nicht miteinberechnet. Aber: Neue Biogasanlagen sollen wegen ökologischer Probleme nicht mehr mit Mais, sondern nur mit Abfall- und Reststoffen gefüttert werden.

? Und das Thema Eigenstromerzeugung?

! Unternehmen, die schon eigene Kraftwerke haben und sich selbst mit Strom versorgen, müssen nun doch keine EEG-Mindestumlage zahlen.

? Was heißt das alles im Detail für die Strompreise?

! Billiger wird Strom für Haushaltskunden nicht. Das war auch nicht Ziel des Gipfels. Bund und Länder wollen aber weitere Sprünge in der EEG-Umlage nach oben bremsen. Derzeit macht die Umlage netto 6,24 Cent je Kilowattstunde (kWh) aus (2010: 2,05 Cent). Ein Haushalt mit 3500 kWh Jahresverbrauch zahlt derzeit knapp 220 Euro EEG-Umlage.



Hauptthema beim EEG-Gipfel: Windkraftanlage im Gegenlicht des Sonnenuntergangs. Archivbild: dpa

? Wie wirken sich die EEG-Gipfelbeschlüsse auf die EEG-Umlage konkret aus?

! Der größte Teil resultiert aus Technik, die mit Sonne, Wind oder Biogas längst Strom erzeugt und 20 Jahre garantierte Fördersätze genießt. Auf die 6,24 Cent/kWh,

die Haushaltskunden mit der Stromrechnung zahlen, kommen mit den Gipfelbeschlüssen bis 2020 nur 0,2 Cent drauf, sagt Minister Gabriel.

? Und wie stark sinkt auf der anderen Seite die Vergütung für erneuerbare Energien?

Das sagen Länderchefs

„Ich habe Zuversicht, dass es vorangeht mit Offshore“, sagte Niedersachsens Ministerpräsident **Stephan Weil** (SPD) nach dem EEG-Gipfel. Für „Frust und Krise“ gebe es nun keinen Grund mehr.



Stephan Weil

Auch bei der Winderzeugung an Land hätten sich die Bundesländer durchgesetzt, sagte Weil. Allein Windkraft-Marktführer Enercon aus Aurich hatte zuletzt 3900 Mitarbeiter. **Umwelt- und Energieminister Stefan Wenzel** (Grüne) will mehr: „Um die Braunkohle aus dem Markt zu drängen und die effizienten Gaskraftwerke im Markt zu halten, ist eine grundlegende Reform des Emissionshandels dringend erforderlich.“

• Hessens Regierungschef **Volker Bouffier** (CDU) sagte, er sei zuversichtlich, „dass das Ziel der Landesregierung erreicht wird, den Anteil der erneuerbaren Energien in dieser Legislaturperiode im Land zu verdoppeln“.



Volker Bouffier

Bessere Planbarkeit und Kostenanstiegsbremse - „das war das Oberziel“, so Bouffier. Die Reform solle dafür sorgen, dass Deutschland ein Industrieland bleibe und dennoch die erneuerbaren Energien ausbaue. Laut Hessens **Wirtschafts- und Energieminister Tarek Al-Wazir** (Grüne) ist die Änderung beim Windkraft-Deckel nicht zu unterschätzen. Allein 2013 habe es ein Repowering von 300 Megawatt gegeben - wichtig für Hessen, das sich bei den Erneuerbaren in einer Aufholjagd befinde, sagte Al-Wazir. (dpa/wet/wrk)

! Zurückgefahren wurde sie schon seit längerem. Über alle Technologien liegt die Vergütung laut Bundesregierung derzeit bei 17 Cent/kWh. Für Neuanlagen sollen es im Durchschnitt künftig nur noch 12 Cent/kWh sein.

KOMMENTAR